



CH-3003 Bern, GS-EFD, DC

A-Priority

Schweizerischer Städteverband
Dr. Marcel Guignard
Präsident
Florastrasse 13
3000 Bern 6

Bern, 15. September 2006

E-Government-Strategie Schweiz

Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit von Bund und Kantonen

Eröffnung der Anhörung

Sehr geehrter Herr Präsident

E-Government schafft einen direkten Mehrwert für Unternehmen und Privatpersonen, welche die rund um die Uhr einfach zugänglichen öffentlichen Leistungen online nutzen. Durch einfachere und raschere Arbeitsabläufe in der Verwaltung profitiert der gesamte Standort Schweiz.

Analysen haben gezeigt, dass sich im föderalistischen System der Schweiz besondere Probleme stellen, wenn es um die flächendeckende Einführung von E-Government geht. Einerseits ist es unwirtschaftlich, wenn mehrere Kantone oder Gemeinden für dieselbe Aufgabe je eigene Anwendungen entwickeln. Zudem erfordern übergreifende Prozesse eine eidgenössische Zusammenarbeit über alle Stufen.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der Föderalismus nicht als Hindernis, sondern im Gegenteil als „Kreativpool“ wirken soll. Gestützt auf den Bericht der Staatsschreiberkonferenz vom Herbst 2005, welcher die Erarbeitung einer nationalen Strategie angeregt hatte, hat der Bundesrat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, zusammen mit den Kantonen eine E-Government-Strategie Schweiz zu erarbeiten.

Diese Strategie umfasst generelle Ziele sowie Grundsätze und Instrumente zu deren Realisierung. Da auch die Umsetzung gemeinsam erfolgen soll, regelt eine Rahmenvereinbarung die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen. Diese sieht unter anderem die Schaffung eines Steuerungsgremiums vor, in dem auch eine Vertreterin oder ein Vertreter des Städteverbands vorgesehen ist. E-Government wird auf allen Stufen in konkreten Projekten umge-



setzt. Diese sollen gemeinsam geplant und entweder gemeinsam oder nach dem Prinzip „Einer für Alle“ durchgeführt werden.

Unter der Federführung des Informatikstrategieorgans Bund (ISB) entstanden unter aktivem Einbezug der Staatsschreiber sowie der E-Government-Verantwortlichen von Bund, Kantonen und Gemeinden die vorliegende E-Government-Strategie Schweiz und eine entsprechende Rahmenvereinbarung.

Wir sind überzeugt, dass dieses gemeinsame Vorgehen nicht nur zu deutlichen Qualitätssteigerungen der öffentlichen Dienstleistungen führt, sondern auch wertvolle Synergien und dadurch Kosteneinsparungen auf allen föderalen Ebenen schafft.

Gerne laden wir Sie hiermit zur Stellungnahme zur neuen E-Government-Strategie Schweiz und zur Rahmenvereinbarung Bund-Kantone ein (Anhörung bis am **17. November 2006**).

Mit freundlichen Grüssen

Hans-Rudolf Merz
Bundesrat

Beilagen (D/F/I):

- E-Government-Strategie Schweiz
- Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit

Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

Ergänzende Unterlagen

Detailliertere Informationen zur E-Government Strategie und zu den geplanten Umsetzungsvorhaben sind auf der Internetseite des ISB verfügbar: www.isb.admin.ch.



Adresse für die Einreichung der Stellungnahmen sowie für Rückfragen:

Informatikstrategieorgan Bund
Leistungsbereich E-Government
Friedheimweg 14
3003 Bern
oder
per E-Mail an: egov@isb.admin.ch